



Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Arnsberg

An die
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
der Mitgliedskommunen
des Städte- und Gemeindebundes
Nordrhein-Westfalen
im Regierungsbezirk Arnsberg

Der Vorsitzende

Bürgermeister Erhard Pierlings
Stadt Meinerzhagen
Postfach 15 63
58531 Meinerzhagen

Tel.: 02354/77-102

22. Dezember 2009

Einladung

**zur Tagung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Arnsberg
im Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen
am 12. Februar 2010 in Meinerzhagen**

Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

hiermit lade ich Sie sowie die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Damen und Herren Fraktionsvorsitzenden und interessierte Ratsmitglieder herzlich zur nächsten Tagung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Arnsberg im Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen ein.

Schwerpunktthema:

Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II

Ab 9.00 Uhr finden vor Beginn der Tagung Gruppenbesprechungen statt. Die hierfür zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten sind für die jeweiligen Gruppen ausgeschildert.

Die Tagung findet statt am

**- Freitag, den 12. Februar 2010, 10.00 Uhr,
Haus Nordhelle, Ev. Tagungs- und Bildungsstätte,
Zum Koppenkopf 3,
58540 Meinerzhagen-Valbert**

Der genaue Tagungsort ist aus der **anliegenden** Anfahrtsskizze ersichtlich.

Es ist folgende **Tagesordnung** vorgesehen:

- 1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft,
Bürgermeister Erhard Pierlings, Meinerzhagen**
- 2. Grußwort des Regierungspräsidenten Helmut Diegel**
- 3. Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II
Christiane Schönefeld, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion
NRW der Bundesagentur für Arbeit**
- 4. Aktuelles aus Düsseldorf
Dr. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeinde-
bundes Nordrhein-Westfalen**
- 5. Die neue StVO 2009 – Schilderabbau für mehr Verkehrssicherheit
Roland Thomas, Hauptreferent beim Städte- und Gemeindebund NRW**

Zur Tagesordnung in Kürze:

Anknüpfend an die Aussagen des Koalitionsvertrages hat die Bundesregierung am 17./18.11.2009 beschlossen, die Neuorganisation der Grundsicherung für Arbeitsuchende ohne Änderung des Grundgesetzes zu gestalten, die Erfahrungen der Länder, der Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit in getrennter Aufgabenwahrnehmung zu nutzen und das Optionsmodell im bestehenden Umfang abzusichern. Die kommunalen Spitzenverbände in NRW fordern demgegenüber den Erhalt der gemeinsamen Jobcenter von Kommunen und Arbeitsagenturen im Rahmen einer Verfassungsregelung. Wenn dies nicht gelingt, sehen die Verbände gravierende Nachteile für die betroffenen Menschen, weil Leistungen aus einer Hand dann nicht mehr möglich sind. Eine Verfassungsänderung hat aus ihrer Sicht ferner den Vorteil, dass gleichzeitig das Optionsmodell für die Kommunen, die die Betreuung von Langzeitarbeitslosen allein wahrnehmen, entfristet und langfristig verankert werden könnte. Frau Schönefeld, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit, wird über den aktuellen Stand der SGB II-Diskussion unter besonderer Berücksichtigung der vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegten Eckpunkte zur Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende referieren.

Anlässlich der Tagung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Arnsberg im Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen wird zudem Herr Dr. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, in einem Bericht aus Düsseldorf zunächst über die aktuellen kommunalpolitischen Themen informieren. In diesem Zusammenhang wird er auch auf die Finanzsituation der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eingehen.

Schließlich wird Herr Thomas, Hauptreferent des Städte- und Gemeindebundes NRW, über die aktuellen Entwicklungen zur Straßenverkehrsordnung informieren. Mit der neuen Straßenverkehrsordnung soll dem Thema Schilderabbau endlich

ernsthaft zu Leibe gerückt werden. Seit Jahrzehnten ist in der Verkehrswissenschaft bekannt, dass eine Vielzahl von Beschilderungen in einer Straßensituation vom Verkehrsteilnehmer nicht mehr erfassbar ist. Weniger Schilder führen damit letztlich zu mehr Verkehrssicherheit und zur Entlastung der kommunalen Haushalte.

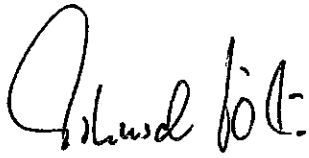
Nach den Vorträgen besteht jeweils die Möglichkeit der Aussprache.

Die Tagung soll um 12.30 Uhr beendet sein.

Bitte teilen Sie uns auf dem **beigefügten** Formblatt mit, ob und mit wieviel Personen Ihre Kommune vertreten sein wird.

Ich wünsche Ihnen eine gute Anreise nach Meinerzhagen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Erhard Pierlings'.

(Erhard Pierlings)

Anlagen